



Protokoll der 12. Sitzung des Einwohnerrates

vom 25. August 2021, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Ratsmitglieder Heinzelmann Lukas (SVP), Jenny Yves (CVP/EVP/GLP), Reichenstein Daniela (FDP), Schenker Sibylle (GL)

Traktanden	Laufnummer
Traktandenliste	
<i>://: Das Geschäft «Kreuzung Büchelistrasse/Rosenstrasse/Gestadeckplatz» (Postulat Nr. 2021-53) wird gemäss Antrag der Postulanten einstimmig von der Traktandenliste abgesetzt.</i>	2021-53
<i>://: Der Antrag des Büros wird mit 4 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt und das Geschäft «Quartierplanung Osboplatz, Bericht der BPK» (Nr. 2020-13) auf der Traktandenliste belassen.</i>	2020-13
1. Protokolle der Ratssitzungen vom 26. Mai 2021 und 30. Juni 2021 <i>://: Die Protokolle vom 26.05.2021 und 30.06.2021 werden einstimmig genehmigt.</i>	
2. Wahlbüro-Ersatzwahlen <i>://: Wahl von Frau Joelle Santoni (SVP) und von Frau Brigitte Buser (GL) für restliche Amtsperioden bis 30.06.2024 in das Wahlbüro.</i>	2021-61
3. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen <i>://: Wahl der vorgeschlagenen Ratsmitglieder gemäss Vorschlag der SP-Fraktion und GL-Fraktion in die GPK, FIKO, GOR und SBK.</i>	2021-62
4. Quartierplanung Osboplatz – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK); 1. Lesung <i>://: Der BPK-Bericht wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an die vorberatende Kommission zurückgewiesen.</i>	2020-13 2020-13a
5. Quartierplanung Ziegelhof II <i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i>	2021-63
6. Quartierplanung «Im Oristal» <i>://: Die stadträtliche Vorlage wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.</i>	2021-64

7. Wohnungsbau gemeinnützig – Postulat «Förderung eines vielfältigen und gemeinnützigen (genossenschaftlichen) Wohnungsbaus bei Sondernutzungsplanungen (Quartierplänen)» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Dominik Beeler der Grünen Fraktion
://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat an den Stadtrat überwiesen. 2021-47
8. Fernwärme – Interpellation betreffend Forcierung der Fernwärme von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion
Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt. 2021-50
9. Buvetten-Förderung – Postulat «Förderung von Buvetten» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion
://: Das Postulat wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen. 2021-51
10. Netto Null 2040 – Motion «Netto Null 2040» von Pascale Meschberger namens der SP-Fraktion
*://: Für die Überweisung der Motion stimmen 16 Ratsmitglieder. 16 Ratsmitglieder sprechen sich gegen eine Überweisung der Motion aus und 4 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.
Mit Stichentscheid des Ratspräsidenten wird die Motion nicht an den Stadtrat überwiesen.* 2021-52
11. Fragestunde
In der Fragestunde werden vom Stadtrat 11 Fragen und 4 Zusatzfragen beantwortet.
12. Fischmarkt-Neugestaltung – Postulat «Sanierung und Neugestaltung des Fischmarkts und der Mühlegasse» von Peter Küng und Pascale Meschberger der SP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2021-58
13. Verkehrssicherheit Velowege – Interpellation «Verkehrssicherheit/Velowege» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion
Vertagung wegen Zeitmangel. 2021-59

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) heisst die Einwohnerrats- und Stadtratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste zur ersten Sitzung im neuen Amtsjahr 2021/2022 herzlich willkommen, welches er präsidieren darf.

In seiner Antrittsrede richtet Ratspräsident Markus Rudin der SVP-Fraktion folgende Worte an die Anwesenden im Saal:

Liebe Ratsmitglieder und Gäste

Ich werde in meiner Antrittsrede nichts zum Weltgeschehen, zur Politik und auch fast nichts zu Corona sagen. Vielmehr wird ich ein paar persönliche Dinge zum Thema Teamarbeit und mich erzählen.

Ich freue mich und schätze es, für ein Jahr den Einwohnerratspräsidenten der Stadt Liestal vertreten zu dürfen. Ich versichere euch, ich werde mich anstrengen und mein Bestes geben. Mir ist aber bewusst, dass dies hier drin stets eine Team-Arbeit sein wird.

Wie wichtig es ist, ein Team um sich zu haben, und in einem Team zu gehören, ist mir bereits in meiner Kindheit bewusst geworden. In schwierigen Familienverhältnissen aufgewachsen, mit Eltern, die nicht unbedingt die nötige Zeit für ihre Kinder aufgebracht hatten, hatte ich das Glück, von 6 Geschwistern umrahmt zu sein, die «mein erstes Team» gebildet haben. Die drei älteren Geschwister haben mich getragen, angetrieben, zur Eigenständigkeit erzogen, und die drei jüngeren Geschwister gaben mir das Gefühl, ein Vorbild zu sein. Durch sie habe ich gelernt, Menschen zu helfen und sie zu beschützen.

Ein weiteres Ereignis, welches mich viel gelehrt hat, war der Moment, als meine erste Frau sich dazu entschlossen hatte, mich und unsere beiden gemeinsamen Söhne – diese waren damals im Alter von 3 und 5 Jahren – zu verlassen. Mehr denn je brauchte ich in der folgenden Zeit die Unterstützung meiner Geschwister, Freunde und vor allem meiner älteren Schwester, welche mehrmals pro Woche auf meine Söhne aufgepasst hatte, damit ich trotzdem im Pensum 100% weiterarbeiten konnte. Und wunderbar war es dann und ich bin heute sehr glücklich darüber, dass ich bald darauf meine jetzige Frau kennenlernen durfte, mit welcher wir zusammen unsere Söhne grossgezogen haben und bis heute ein zusammenhaltendes Familienteam bilden.

Natürlich bildete das Wort «Team» dann während meiner Zeit in der Feuerwehr eine absolut zentrale Bedeutung. Stets war mir neben dem Erfolg einer Teamarbeit, der Schutz und der beständige Zusammenhalt unseres Teams am wichtigsten.

Als Einsatzleiter bei diversen Bränden war es manchmal nötig, sehr bestimmt die Kameraden und Kameradinnen aus den brennenden Gebäuden heraus zu befehlen, bevor diese mit Wasserwerfer gelöscht oder mit Schaum gefüllt hatten, um den Brand eben auf diese Weise von aussen zu löschen. Nie hätte ich es erleben wollen, den Angehörigen eines Feuerwehrmitgliedes die Botschaft überbringen zu müssen, dass es unter meiner Leitung ein Opfer gegeben hat.

Wir sitzen alle im gleichen Boot, wir gehören zusammen. Und das ist hier drin auch so mit euch. Auch wenn wir verschiedene Meinungen haben, gebühren wir uns gegenseitigen Respekt und versuchen, unsere Stadt und ihre Bevölkerung in unserem besten Sinne voranzubringen.

Ich hoffe auch, dass sich die «Corona-Lähmung» nun endlich wecken lässt und uns diverse gemeinsame Anlässe wieder beschert – es war traurig eigentlich, dass Vreni und ich im vergangenen Jahr nicht zu einer einzigen Veranstaltung eingeladen wurden.

Freuen wir uns also auf die bevorstehende zunehmende Dynamik. In diesem Sinne, bereits heute herzlichen Dank für eure wertvolle Teamarbeit!

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Nach dem Bundesratsbeschluss vom 23. Juni 2021 ist das Schutzkonzept COVID-19 für die ER-Sitzungen im Landratssaal angepasst worden:
 - Der Sitzplan mit den Sicherheitsabständen ist beim Eingang zum Landratssaal angeschlagen.
 - Beim Eingang in den Landratssaal können Hygienemasken bezogen werden. Es gilt die Maskentragpflicht für alle Anwesenden im LR-Saal bis zum Sitzplatz. Wer nicht sitzt, muss die Maske tragen.
 - Die Redner bleiben bei ihren Voten sitzen. Die Referenten bzw. Kommissionspräsidenten werden die Kommissionsberichte an ihrem eigenen Platz vorstellen.
 - Die Türen und Fenster im Landratssaal bleiben offen, sofern möglich.
 - Die Zuschauertribüne ist offen. Die Gäste auf der Tribüne haben sich in einer Präsenzkontrolle einzutragen. Die Besucherzahl ist gemäss BAG-Vorschriften auf max. 18 Personen beschränkt.
 - Wer krank ist oder sich krank fühlt, muss die Veranstaltung verlassen.
- Die heutige Sitzung wird ohne Pause durchgeführt und spätestens 19.30 Uhr geschlossen. Ratsmitglieder, welche den Saal verlassen, möchten dies der Vizepräsidentin anzeigen, damit diese eine Kontrolle über die anwesenden Stimmberechtigten hat.
- Das Rücktrittsschreiben von Lisa Faust (GL) vom 26. Juli 2021 wird vom Ratspräsidenten verlesen und ihr für die Zukunft alles Gute gewünscht.
- Als neues Ratsmitglied wird Benjamin Erni (CVP/EVP/GLP) willkommen geheissen, welcher anstelle von Susi Thommen ab 1. Juli 2021 nachgerückt ist. Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) stellt den neuen Fraktionskollegen kurz vor: Er ist im Berner-Oberland aufgewachsen und wohnt seit 12 Jahren in Liestal. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Er hat Bäcker/Konditor gelernt, arbeitet zwischenzeitlich aber als Sozialpädagoge in einer Tages-Sonderschule. Für ihn sind Chancengleichheit, Familie und Umwelt wichtige Themen und Anliegen. In seiner Freizeit findet man ihn beim Element Wasser und im Schnee. Auch ist er im Gartenverein Gräubern aktiv.
- Fraktionspräsidentin Dominique Meschberger (SP) stellt ihre beiden neuen Fraktionsmitglieder vor:

Florian Abt (SP) ist verheiratet und wohnt in Liestal. Er ist Fachmann Betreuung im Behindertenwesen und Sozialpädagoge. Er arbeitet bei der Stiftung Lebenshilfe in Reinach als Gruppenleiter. Ausserdem ist er Praxisausbildner. Auch ist er ehrenamtlich für die Flohmarkt-Organisation in Liestal zuständig. Privat widmet er sich gerne seinem eigenen Garten und geht gerne mit seiner Frau und seinem Hund wandern. Auch liest er sehr viel.

Alexandra Muheim (SP) ist in Reigoldswil aufgewachsen und wohnt in Liestal. Sie arbeitet als Social Media Managerin und macht im Moment eine Zusatzausbildung als Digitalmarketing-Spezialistin. Sie hatte das Gym Liestal besucht, mit Schwerpunkt Mathematik und Physik, und hat anschliessend ein Bachelor-Studium in Soziologie absolviert. Ehrenamtlich arbeitet sie im Vorstand «Die Basler Eule» und ist auch in der Jury der jährlichen Schreibwettbewerbe für Kinder und Jugendliche tätig.

- Auch Lena Schenker (GL) darf nach ihrem Amtsantritt vom 1. August 2021 und als Nachrückende von Lisa Faust erstmals hier im Saal begrüsst werden.
Vreni Baumgartner (GL) stellt Einwohnerrätin Lena Schenker kurz vor: Sie ist in Liestal aufgewachsen und 25 Jahre alt. Im Moment studiert sie Archäologie an der Uni Basel.
- Hanspeter Meyer (SVP) freut sich, den neuen Fraktionskollegen Daniel Jurt (SVP) vorstellen zu dürfen: Er ist 1961 geboren und ist Berufsoffizier bei der Luftwaffe. Er ist Vater von zwei erwachsenen Söhnen und der dritte Sohn ist unterwegs. Er ist ehemaliger Präsident der SVP Liestal, war auch schon im Schulrat Liestal sowie als Gemeinderat in Roggenburg tätig.

Tischpapiere

Es wurden keine Tischpapiere verteilt.

Neue persönliche Vorstösse

- Kindergarten Frenke, Sicherheit – Interpellation zur Sicherheit Kindergartenkinder Frenke 1 – 3 von Benjamin Erni der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2021-65)
- Verkehrspolitik – Postulat betreffend zeitgemässen Verkehrspolitik in Liestal von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2021-66)
- A22 unter die Ergolz – Interpellation «A22 unter die Ergolz» von Daniel Schwörer der FDP-Fraktion (Nr. 2021-67)

Die neuen Vorstösse sind den Ratsmitgliedern mit gestriger E-Mail zur Kenntnisnahme zugestellt worden und werden mit dem nächsten ER-Versand in Papierform verschickt.

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|---|----------------------------|
| - Schneider Domenic (CVP/EVP/GLP, Ersatz) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Weyeneth Anja (SP) | Seite C (FDP) + Präsidium |

Mitteilungen Stadtrat

Stadtpräsident Daniel Spinnler darf die erfreuliche Mitteilung machen, dass die landrätliche BPK-Kommission ein Postulat betreffend dem Fernverkehr stehen lässt und damit auch der Druck in Richtung Bern aufrecht erhalten wird, dass die Ziele bezüglich den Schnellzughalten in Liestal erreicht werden können.

Aus den Medienberichten konnte man erfahren, dass das Härtefallgesuch der Stadt Liestal vom Kantonsgericht in einem zweiten Umgang nochmals geprüft werden musste. Das erste Gerichtsurteil wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit Zirkularbeschluss bestätigt. Mit den vom Stadtrat beim Bundesgericht vorgebrachten Argumenten hatte man sich überhaupt nicht auseinandergesetzt, zumal der Referent beim zweiten Verfahren ausgewechselt wurde. Die Urteilsbegründungen beim ersten und zweiten Entscheid sind identisch. Das sonderbare Vorgehen des Kantonsgerichts findet der Stadtrat schon sehr sonderbar und willkürlich, weshalb man beim Bundesgericht erneut Beschwerde eingereicht hat.

Stadtrat Daniel Muri hält im Zusammenhang mit den laufenden SBB-Projekten fest, dass im Juni 2021 der Einwohnerschaft von Liestal eine umfassende Informationsbroschüre verteilt wurde. Von Projektleiter Sepp Lirtscher der Stadtverwaltung hat er eine Liste mit den approximativen Hauptmengen des Vierspur-Ausbau über die die ganze Bauzeit erhalten, welche er dem Rat präsentiert. Interessiert haben ihn aber auch die Nebenschauplatz-Geschichten des Projektleiters im Zusammenhang mit diesem Grossprojekt. Der Bericht «LKW-Fahrer» des Projektleiters mit den Gegebenheiten und Erfahrungen des Projektleiters, von Mitarbeitenden sowie Passanten usw. wird verlesen.

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Traktandenliste

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt namens des Büros den Antrag, dass das Traktandum Nr. 4 «Quartierplanung Osboplatz» (Nr. 2020-13) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt wird.

Daniel Schwörer (FDP) erklärt, dass seine Fraktion der Absetzung des Geschäfts «QP Osboplatz» von der Traktandenliste nicht zustimmen kann. Es gibt Ratsmitglieder, die die BPK-Anträge etwas sehr rudimentär finden und noch mehr Erläuterungen zu den Anträgen möchten. Wird nun das Geschäft von der Traktandenliste abgesetzt, ändert sich an diesem Umstand nichts und dieses liegt einfach auf der Halde, ohne dass etwas passiert. Er wird deshalb den Antrag für die Rückweisung des BPK-Berichtes bei der Behandlung dieses Geschäfts stellen, damit dieser wunschgemäss überarbeitet und korrigiert werden kann. Das Geschäft soll nun aber nicht von der Traktandenliste abgesetzt werden.

Hanspeter Meyer (SVP) stellt auftrags von Yves Jenni den Antrag, dass das Postulat Nr. 2020-53 von der Traktandenliste abgesetzt wird, da sein Mitpostulant an der heutigen Sitzung nicht präsent ist.

://: Dem Antrag der Postulanten wird einstimmig zugestimmt und das Geschäft «Kreuzung Büchelistrasse» (Postulat Nr. 2020-53) von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.

://: Der Antrag des Büros wird mit 4 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt und das Geschäft «Quartierplanung Osboplatz, Bericht der Bau- und Planungskommission» (Nr. 2020-13) nicht von der Traktandenliste der heutigen Sitzung abgesetzt.

101 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzungen vom 26. Mai 2021 und 30. Juni 2021

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) informiert darüber, dass das Büro dem Rat die Genehmigung der beiden Protokolle der letzten Ratssitzungen beantragt, da beim Ratsbüro keine Änderungsanträge eingegangen sind.

Er kann feststellen, dass aus dem Rat keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Die Protokolle der Ratssitzungen vom 26. Mai 2021 und 30. Juni 2021 werden einstimmig genehmigt.

102 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Wahlbüro-Ersatzwahlen (Nr. 2021-61)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass offen und en globo gewählt wird.

://: Gemäss den Wahlvorschlägen der Fraktionen werden einstimmig in das Wahlbüro bis zum 30. Juni 2024 gewählt:

- Santoni Joelle, geb. 1987, gemäss Wahlvorschlag der SVP-Fraktion
- Buser Brigitta, geb. 1957, gemäss Wahlvorschlag der Grünen Fraktion

103 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Ersatzwahlen einwohnerrätliche Kommissionen (Nr. 2021-62)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass zum Geschäft keine Wortbegehren angemeldet werden und sich der Rat damit einverstanden erklären kann, dass offen und en globo gewählt wird.

://: Gemäss den Wahlvorschlägen der Fraktionen werden folgende Ratsmitglieder einstimmig in die einwohnerrätlichen Kommissionen gewählt:

Geschäftsprüfungskommission (GPK)

- Derungs Reto (SP) anstelle von Jeitziner Loris (SP) als GPK-Vizepräsident
- Schenker Lena (GL) anstelle von Faust Lisa (GL) als GPK-Ersatzmitglied

Finanzkommission (FIKO)

- Muheim Alexandra (SP) anstelle von Derungs Reto (SP) als FIKO-Mitglied
- Abt Florian (SP) anstelle von Jeitziner Loris (SP) als FIKO-Ersatzmitglied

Gemeindeordnung und Reglemente (GOR)

- Abt Florian (SP) anstelle von Eisenring Fabian (SP) als GOR-Mitglied

Sozial-, Bildungs- und Kulturkommission (SBK)

- Schenker Lena (GL) anstelle von Faust Lisa (GL) als SBK-Mitglied
- Muheim Alexandra (SP) anstelle von Eisenring Fabian (SP) als SBK-Ersatzmitglied

104 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Quartierplan Osboplatz – Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission; 1. Lesung (Nr. 2020-13)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

Daniel Schwörer (FDP) stellt den Antrag für die Rückweisung des BPK-Berichtes an die vorberatende Kommission, was er bei der vorgängigen Traktandenlistenbereinigung bereits vorangezeigt und den Antrag auch begründet hatte. Seiner Fraktion ist es wichtig, dass der Rat in Kenntnis aller wichtigen Aspekte fundiert seine Entscheide fällen kann.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren mehr zum Geschäft angemeldet werden.

://: Dem Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird mit 33 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt und der BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2020-13a an die vorberatende Kommission zurückgewiesen.

105 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Quartierplanung Ziegelhof II (Nr. 2021-63)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft vom Rat nicht bestritten wird.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

Natalie Oberholzer (GL) informiert, dass der QP Ziegelhof II insgesamt sehr nachhaltig ausgerichtet ist, was sie freue. Die Gebäude bleiben bestehen und werden sanft saniert, was Ressourcen spart und weniger Bauabfälle gibt. Zusätzliche Neubauten werden nach dem Minergie P-Standard gebaut. Erstmals wird in Liestal auch das autofreie Wohnen gefördert, da mit einem Mobilitätskonzept aufgezeigt werden konnte, dass mit sinnvollen Massnahmen die Attraktivität für ein autofreies Wohnen gesteigert werden kann. Kostenintensive Parkplätze können reduziert werden. Dies kann sich auch positiv auf die Mietzinsen auswirken und dürfte zu einer Entlastung der Verkehrssituation im Quartier führen. Insgesamt handelt es sich beim vorliegenden QP um ein zukunftsgerichtetes Bauprojekt mit einer spannenden gemischten Nutzung für ein belebtes Liestal. Ihre Fraktion wird der Überweisung an die BPK einstimmig zustimmen.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) findet es schön und gut, wenn es nun beim Ziegelhof-Areal vorwärts geht. Die Mittefraktion unterstützt einstimmig die Vorberatung der Vorlage durch die BPK.

Peter Bürgin (FDP) bemerkt, die FDP-Fraktion werde der Überweisung an die BPK ebenfalls zustimmen. Es ist erfreulich, dass es beim Ziegelhofareal mit neuen Voraussetzungen weitergehen wird. Der BPK möchte man jedoch folgende Überlegungen mitgeben: Der QP strebt eine erhöhte Nutzung von 200 Prozent an. Von der erhöhten Nutzung sollen aber nur für die Mieter des Areals und eine sehr beschränkte Anzahl an Parkplätzen profitieren, somit sind auch keine öffentlichen Parkplätze vorgesehen. Der QP Osboplatz liegt in der Nähe und man muss sich schon überlegen, ob all die Einschränkungen gemäss vorliegendem BPK-Bericht wirklich nötig sind. Seine Fraktion ist der Meinung, dass damit Potenzial vergeben wird, welches in Zukunft hilfreich sein könnte. Auch ist angedenkt, dass die Meyer Wiggli-Strasse verkehrsfrei wird, was sicher die Attraktivität des Quartiers und der Wegverbindungen in das Stedtli steigern würde. Zentrum Nord bekommt somit noch mehr Gewicht und so wäre die Stadt Liestal sicher froh über weitere Parkierungsmöglichkeiten in der Peripherie und dem dortigen Gebiet. Seine Fraktion wird einstimmig der Überweisung an die BPK zustimmen.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zu diesem Geschäft angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2021-63 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

106 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Quartierplanung «Im Oristal» (Nr. 2021-64)

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass das Eintreten auf das Geschäft vom Rat nicht bestritten wird.

Das Büro schlägt dem Rat vor, dass die stadträtliche Vorlage an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen wird.

Dominique Meschberger (SP) hält fest, dass ihre Fraktion die Überweisung an die BPK befürwortet. Es ist ein interessantes Projekt mit neuen Ideen, wie man sie so in Liestal noch nicht kennt. Es werden viele Einzimmer-Wohnungen geschaffen und es interessiert schon, ob die Mietpreise auch von Studentinnen und Studenten bezahlt werden können. Auch ist im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept der Dropoff-Bereich bei der internationalen Schule aufgefallen, womit ja der Schüler-Taxidienst gefördert wird. Gerade für eine moderne Schule wäre es ja angebracht, dass die Schüler zu Fuss, mit dem Bus, dem Velo usw. zur Schule kommen würden.

Peter Bürgin (FDP) erklärt, auch seine Fraktion wird der Überweisung an die BPK zustimmen. Der QP strebt eine moderate Nutzungsziffer von 128 Prozent an und besticht mit dem Nutzungsmix von Schule, Gewerbe und Wohnungen.

Dominik Beeler (GL) meint, auch die Grüne Fraktion spreche sich für eine Überweisung der stadträtlichen Vorlage an die BPK aus. Bezüglich der Mobilität kann das Votum der SP-Fraktionssprecherin unterstützt werden.

Verena Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, auch die Mittefraktion unterstütze die Vorberatung durch die BPK. Es ist ein spannender QP mit sehr viel neuen Elementen und vielfältigen Nutzung.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält als Einzelsprecher fest, dass dem Rat wohl noch kein so innovativer QP vorgelegt wurde wie beim vorliegenden QP Oristal. Dem QP sollten Chancen und Raum gegeben werden und nicht wieder eigene politische sowie ideologische Vorstellungen reingezwängt werden. Die Geisteshaltung der BPK, welche zunehmend Einschränkungen vorsieht, dürfte unter Umständen problematisch werden. Gerade beim vorliegenden QP müssen wohl alle Parteien über ihren Schatten springen und für neue Ideen offen sein.

Stadtrat Daniel Muri kann die Meinung seines Vorredners unterstützen, da es sich beim vorliegenden QP doch um ein ausserordentliches und gutes Projekt handelt. Auf der Homepage der Investorenfirma Citex kann man sich auch bezüglich Tiny Homes, Finanzierungsmodellen usw. schlau machen. Auch könnte er Broschüren vom Projekt beschaffen. Mit dem Kanton wird eine Bushaltestellen-Verschiebung geprüft und die Investoren würden sich daran finanziell beteiligen.

Beat Gränicher (SVP) nimmt das Angebot vom Stadtrat gerne an und bittet um die Zustellung von sachdienlichen Unterlagen wie Prospekte und Broschüren vorgängig der ersten BPK-Sitzung an die Kommissionsmitglieder.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren zu diesem Geschäft angemeldet werden.

://: Die stadträtliche Vorlage Nr. 2021-64 wird einstimmig an die Bau- und Planungskommission (BPK) zur Vorberatung überwiesen.

107 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Wohnungsbau gemeinnützig – Postulat «Förderung eines vielfältigen und gemeinnützigen (genossenschaftlichen) Wohnungsbaus bei Sondernutzungsplanungen (Quartierplänen)» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion, Sonja Niederhauser der CVP/EVP/GLP-Fraktion und Dominik Beeler der Grünen Fraktion (Nr. 2021-47)

Stadtrat Daniel Muri erklärt, dass der Stadtrat den neuen Vorstoss gerne übernehmen möchte.

Pascale Meschberger (SP) bemerkt als Postulantin, dass Liestal momentan als die Stadt mit den meisten Kränen und Baustellen im Kanton bekannt sein dürfte, was ja durchaus erfreulich ist. Bestimmt gibt es Quartierpläne und Bauprojekte in Liestal, die noch Verbesserungspotenzial hätten. Im Zusammenhang mit den Wohnungsbauten in Liestal müsste man sich doch auch einmal Gedanken darüber machen, welche Leute man in Liestal möchte und in welcher Form diese wohnen sollen. Möglicherweise sind mit dem neuen Vorstoss insbesondere bei der rechten Seite komische Gefühle aufgekommen, weil darin auch Genossenschaftsbauten thematisiert werden. Zwischenzeitlich dürfte aber allgemein bekannt sein, dass diese nicht unbedingt etwas mit Sozialismus zu tun haben, sondern diese sehr modern und innovativ sein können. Mit der Förderung genossenschaftlicher Wohnungsbauten würde auch eine gemischte Bevölkerung gewährleistet. Genossenschaften führen zudem dazu, dass sich ihre Mitglieder mehr mit ihrer Wohnung und auch ihrem Wohnort identifizieren. Die Förderung vielfältiger und gemeinnütziger Wohnbauten sowie eine Durchmischung der Wohnungseinheiten könnte in einem Reglement verankert werden. Zu beachten ist auch, dass die Senkung der Wohnkosten ein wichtiger Beitrag zur Armutsbekämpfung ist. Die Stadt Liestal hat ja selbst nicht mehr viel Bauland und eine diesbezügliche Unterstützung von Privaten gemäss reglementarischen Bestimmungen wäre durchaus vertretbar sowie auf freiwilliger Basis wünschenswert. Und mit einem solchen Erlass würden wohl keine Investoren abgeschreckt, denn man weiss von Gemeinden, welche Genossenschaftsbauten fördern, dass diese mit Angeboten überhäuft werden.

Dominik Beeler (GL) findet als Mitpostulant die Förderung genossenschaftlicher Wohnbauten ebenfalls sehr wichtig, da bei dieser sozialen und auch nachhaltigen Wohnform beispielsweise die Mietpreise unterdurchschnittlich sind auch die Ausnützung der Wohnflächen pro Quadratmeter und Person effizienter als üblich ausgeschöpft wird. So können beispielsweise Ehepaare nach dem Auszug ihrer Kinder innerhalb der Genossenschaft in eine kleinere Wohnung ziehen, womit sie nur gerade so viel Wohnraum beanspruchen, den sie auch benötigen. Mit den steigenden Bodenmarktpreisen und Baukosten wird es für die Genossenschaften immer schwieriger. So liegt im Kanton Baselland der Anteil an Genossenschaftswohnungen deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt. Die Stadt Liestal sollte deshalb diese Wohnform im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.

Benjamin Erni (CVP/EVP/GLP) äussert sich stellvertretend für Sonja Niederhauser als Mitunterzeichnerin des Postulates zum Vorstoss und meint, dass die Förderung vielfältiger und gemeinnütziger Wohnungsbauten Liestal attraktiver machen dürfte. Diese gibt Antwort auf viele Bedürfnisse und fördert eine bessere soziale Durchmischung, welche wiederum die Lebensqualität steigert. Mit Innovationen und attraktiven Projekten können Familien und Einzelpersonen aus verschiedenen sozialen Schichten sowie Altersklassen angesprochen werden. Mit der Förderung genossenschaftlicher Wohnbauten entsteht Liestal kein Nachteil wegen fehlenden Investoren, was ja beispielsweise die Erfahrungen der Gemeinde Birsfelden zeigen.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, seine Fraktion finde eine gesunde Durchmischung im Wohnungsbereich grundsätzlich gut und wünschenswert. Man ist aber dagegen, dass der Weg dazu behördlich verordnet wird. Anstelle von „gemeinnützig“ sollte wohl eher „preisgünstig“ im Vordergrund stehen. Seine Fraktion wehrt sich dagegen, dass der Wohnungsbau noch mehr reglementiert wird, zumal die Förderung von Genossenschaftsbauten durchaus für Investoren abschreckend sein dürfte. Und es müsste schon noch genau abgeklärt werden, ob das im Vorstoss aufgeführte gute Beispiel der Gemeinde Birsfelden wirklich so erfolgreich ist und ob dieses auch auf Liestal übertragen werden könnte. Mit neuen Reglementen und Vorschriften würde die Bürokratie zunehmen und der Wohnungsbau indirekt verteuert. Von der Stadt könnten aber Möglichkeiten für die Vermittlung von Bauland, Baurechtsparzellen, Beratungen usw. angeboten werden. Auch sollte die Initiative von der Bevölkerung selbst ergriffen werden, was ja in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Schaffung von Genossenschaftswohnungen ja auch schon der Fall war. Auch hat die Stadt die Möglichkeit und einmalige Gelegenheit, einen Beitrag für günstigere Wohnungen zu leisten. Sie besitzt bereits zwei Wohnblöcke an der Goldbrunnenstrasse mit günstigen Wohnungen und mit finanziellen Mitteln bzw. Sanierungen könnte eine Verbesserung erreicht werden. Qualitativ hochstehende Wohnungsbauten lassen sich halt schon meist nicht mit preisgünstigen Mietpreisen vereinbaren. An einem Infoabend könnte ja über die Gründung von Genossenschaften informiert werden. Der Vorstoss beinhaltet gute Ansätze und deshalb wird seine Fraktion mehrheitlich der Postulatsüberweisung zustimmen.

Peter Bürgin (FDP) erläutert, die FDP-Fraktion sei sich uneinig, ob die Thematik für Liestal weiter verfolgt werden soll oder nicht. Die Stadt Liestal hat ja keine eigenen Landreserven und verfügt auch nicht über das Potenzial, um eine Genossenschaftsförderung analog der Gemeinde Birsfelden fördern zu können. Liestal verfügt bereits über günstigen Wohnraum, womit die Forderungen der Postulanten eigentlich schon erfüllt sind. Auch hat Liestal eine gute Durchmischung der Bevölkerung und die zusätzliche Attraktivitätssteigerung für Familien ist nicht unbedingt ein erklärtes Ziel seiner Fraktion, da in Liestal bereits eine überdurchschnittlich hohe Kinderquote vorhanden ist. Die Anforderungen an die Quartierplanungen sind in den letzten Jahren stetig angestiegen und es wurde auch viel Wert auf die Qualität und einen nachhaltigen Wohnungsbau gelegt, was schon heute den Investoren einiges abverlangt. Es besteht somit auch kein Bedarf an zusätzlichen Auflagen. Die Quantifizierung vielfältiger Wohnungsbauten sowie einer durchmischten Bevölkerung ist sehr schwer möglich und die Schaffung zusätzlicher Reglemente im Wohnungsbau finde seine Fraktion überrissen. Investoren sowie Interessierte können sich gemäss Wohnbauförderungsgesetz bei Bund und Kanton informieren und für entsprechenden Beteiligungen anfragen. Seine Fraktion wird sich mehrheitlich gegen eine Überweisung des Postulates an den Stadtrat aussprechen.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Mit 24 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat Nr. 2021-47 an den Stadtrat überwiesen.

108 0.01.011.01 Einwohnerrat

8. Fernwärme – Interpellation betreffend Forcierung der Fernwärme von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion (Nr. 2021-50)

Stadtrat Daniel Muri dankt für die die Fragen und Empfehlungen des Interpellanten. Der Bereichsleiter Hochbau/Planung tauscht sich diesbezüglich schon längere Zeit mit den EBL-Verantwortlichen aus. Deshalb kann auch die erste Frage bejaht werden, dass die Problematik dem Stadtrat bereits bekannt ist. Der Fernwärmeausbau durch die EBL ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen. Derzeit wird die Heizzentrale der Zentralwäscherei auf eine Holzfeuerung umgestellt und mit dieser Umstellung wird ein grosser Teil an Liegenschaften der Stadt Co2-neutral geheizt. Liestal ist ja bereits eine der schweizerischen Städte, welche über eines der besten Fernwärmenetze verfügt. Dies ist derzeit im Stadtgebiet ebenfalls der grösste Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Der Fernwärmenetz-Ausbau durch die EBL ist ja in vollem Gange und bei diesen Grabarbeiten werden ja meist auch die stadt eigenen Werkleitungen erneuert. Der Ausbau des Fernwärmenetzes wird von der Stadt unterstützt, um gute Bedingungen für anschlusswillige Eigentümer schaffen zu können. Die wirtschaftlichen Kriterien für Fernwärmenetzausbau spielen für die EBL als Betreiberin schon eine wichtige Rolle und somit ist der Handlungsspielraum der Stadt nicht sehr gross. Ein Mitarbeiter der EBL ist in der städtischen Energiekommission vertreten, damit Synergien genutzt werden können und man im engen Austausch mit der EBL ist.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Interpellant für die Beantwortung seiner Fragen und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Hanspeter Meyer (SVP) führt aus, es sei auch für ihn klar, dass der wirtschaftliche Aspekte beim Netzausbau für die EBL wichtig ist. Ihm sind zwei Beispiele bekannt, wo ein Fernwärmeanschluss nicht möglich war, weil es angeblich nicht rentiere. Es sollten wohl auch Investitionen gemacht werden, welche nicht gleich von Anfang an wirtschaftlich sind und rentieren. Schlussendlich müssten aber doch möglichst viele Hauseigentümer zu einem Fernwärmeanschluss bewogen werden können. Die Eigentümer sollten sich gegebenenfalls zusammenschließen und bei der EBL bzgl. möglichen Vorinvestitionen vorstellig werden.

Thomas Eugster (FDP) äussert, dass der Handlungsspielraum tatsächlich begrenzt ist. Positiv ist doch, dass der Wärmeverbund in Liestal stetig ausgebaut wird. Die Stadt Liestal könnte Unterstützung bieten, indem beispielsweise die Eigentümer beispielsweise im Liestal aktuell dazu ermuntert werden, sich zusammen zu schliessen und bei der EBL vorstellig zu werden, damit diese beispielsweise das Fernwärmenetz in einem Gebiet mit anschlusswilligen Eigentümern ausbauen würde.

Bernhard Bonjour (SP) würden weitere Anstrengungen des Stadtrates zu Gunsten des Fernwärmenetzausbau ebenfalls freuen. Unterstützung könnte dieser wohl auch leisten, wenn er vermehrt die Bevölkerung informieren und den Hauseigentümern mögliche Fernwärmeanschlüsse aufzeigen würde.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) legt dar, dass sie im März bei der EBL vorstellig wurde, da einige Eigentümer der Sigmundstrasse mit einem Wärmeverbund-Anschluss liebäugeln. Das Interesse der EBL ist nicht gross, da aus wirtschaftlichen Gründen der Anschluss von Einfamilienhäusern wenig Sinn macht, obwohl das Zollschock-Gebäude bereits angeschlossen ist. Es wäre schön, wenn auch die Anstösser der Sigmundstrasse ganz nach dem Fernwärme-Motto sicher, sauber und sorgenfrei mit Energie versorgt werden könnten.

Beat Gränicher (SVP) hat Verständnis dafür, dass bei den EBL-Entscheiden im Zusammenhang mit der Fernwärme-Leitungsnetzerweiterung der wirtschaftliche Aspekt schon auch eine sehr wichtige Rolle spielt. Im Zusammenhang mit laufenden oder bevorstehenden Geschäften wie der Burggraben, der Vierspurausbau, die neue Seltisberger-Brücke usw. macht es schon Sinn, dass man beispielsweise die Leitungen für neue Fernwärmeleitungen vorsehen oder gar einbauen würde.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2021-50 durch den Stadtrat.

109 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Buvetten-Förderung – Postulat «Förderung von Buvetten» von Anja Weyeneth der SP-Fraktion (Nr. 2021-51)

Stadträtin Regula Nebiker erklärt, dass der Stadtrat entgegen dem Büro-Protokoll bereit ist, das Postulat zu übernehmen.

Anja Weyeneth (SP) macht als Postulantin auf den einmonatigen Buvetten-Betrieb im Winter 2021 sowie dreimonatigen Buvetten-Betrieb im Sommer 2020 aufmerksam. Sie stellt fest, dass dafür von der Stadt hohe Gebühren in Rechnung gestellt wurden. Die hohen Gebühren von CHF 3'000.-- pro Monat sind darauf zurückzuführen, dass in der Allmend-Verordnung der Betrieb von Buvetten nicht geregelt ist und der Buvettenbetrieb folglich als „Veranstaltung in der Allee“ behandelt wurde. Ein Boulevard-Restaurant hat hingegen eine einmalige Gebühr von CHF 300.-- für die Prüfung des Konzepts sowie jede folgende Saison noch CHF 50.-- zu bezahlen. Die Ungleichbehandlung beim Gebührenvergleich ist auf die fehlende Regelung des Buvetten-Betriebes in der Allmendverordnung zurückzuführen, was für die allseits gewünschte Belegung von Liestal nicht gerade förderlich ist. Mögliche Buvettenbetreiber sollen wegen den hohen Gebühren nicht abgeschreckt, sondern die Buvetten-Benützungsart in der Allmendverordnung inklusive einer moderaten Gebühren-Festlegung geregelt werden. Für die Überweisung des Postulates dankt sie bestens.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) meint, dass das Postulat ein gutes Beispiel für ein Problem ist, welches eigentlich gar kein Problem sein dürfte. Der Mittefraktion war bis anhin die Rechtslücke in der Allmendverordnung nicht bekannt, ist aber auch der Meinung, dass diese geschlossen werden sollte, weshalb man der Postulatsüberweisung zustimmen wird. Diese Gesetzeslücke hätte vom Stadtrat und der Verwaltung eigentlich von sich aus bereits bei Bekanntwerden des Problems gelöst werden können.

Richard Gafner (FDP) berichtet, dass der Vorstoss in der Fraktion kontrovers diskutiert wurde. Schlussendlich ist man übereingekommen, dass es Sinn macht, die Verordnung anzupassen. Die FDP-Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen.

Michael Durrer (GL) ist der Ansicht, dass die Verordnungsanpassung nun mit dem Druck des Einwohnerrates doch noch vorgenommen wird. Auch die Grüne Fraktion wird der Überweisung des Vorstosses an den Stadtrat zustimmen.

Denise Meyer (SVP) erklärt, dass sich die SVP-Fraktion gegen eine Postulatsüberweisung ausspricht. Ihre Fraktion ist der Meinung, dass es genügend Restaurants in Liestal gibt und deshalb der Betrieb von Buvetten nicht gefördert werden soll.

Stadträtin Regula Nebiker bemerkt, dass der Stadtrat im Sinne eines Postulates den Vorstoss prüfen und dann wieder berichten wird. Die Diskussion wird dann wohl auch erst bei Vorliegen des stadträtlichen Berichtes erfolgen.

Daniel Schwörer (FDP) korrigiert die stadträtliche Aussage und stellt fest, dass gemäss Postulat und reglementarischen Bestimmungen in § 44 des Geschäftsreglementes vom Stadtrat nicht zu prüfen und zu berichten ist. Gemäss § 44 Abs. 2 Bst. b kann der Rat den Stadtrat zu einem bestimmten Vorgehen oder Verhalten im stadträtlichen Bereich einladen. Die mit dem Vorstoss verlangte Neuregelung in der Allmendverordnung liegt in der Kompetenz des Stadtrates und somit muss vom Stadtrat nicht geprüft und berichtet, sondern der stadträtliche Erlass geändert werden.

Stadträtin Regula Nebiker meint, dem Stadtrat stehe es frei, ob er mit der Postulatsbeantwortung gegebenenfalls auch erklären kann, weshalb er den Erlass nicht änderte.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2021-51 wird mit 30 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

110 0.01.011.01 Einwohnerrat

10. Netto Null 2040 – Motion «Netto Null 2040» von Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2021-52)

Stadtpräsident Daniel Spinnler erklärt, dass der Stadtrat die Motion nicht übernehmen möchte. Er selbst war nach der Ablehnung des Volksentscheides im Zusammenhang mit dem CO2-Gesetz auch konsterniert gewesen. Wir haben nun doch einen Scherbenhaufen und auf nationaler Ebene weiss wohl niemand mehr, wie es beispielsweise betreffend den Lenkungsabgaben weiter gehen soll. Wir alle aber wissen, dass wir ein globales Problem haben. Auch der Stadtrat ist der Meinung, dass wir etwas unternehmen müssen und auch Liestal einen Beitrag leisten soll. Schwierig wird der Vorstoss insofern, weil im Ingress eine Änderung der Gemeindeordnung und ein neues Reglement verlangt wird. Der Stadtrat findet diese Forderung als nicht geeigneten Weg und spricht sich deshalb gegen die Übernahme des Vorstosses aus, da wir für die Zielerreichung grundsätzlich eine Strategie sowie Massnahmen und nicht ein Gesetz brauchen. Hingegen könnte er sich damit einverstanden erklären, den Vorstoss als Postulat zu übernehmen. Die Forderungen der Motionärin könnten dann beispielsweise auch im Zusammenhang mit dem Nachhaltigkeitsprojekt geprüft und veranlasst werden.

Pascale Meschberger (SP) meint als Motionärin, dass ihr der vergangene Sommer mit Hitzeperiode und starken Unwettern doch stark eingefahren ist sowie Angst gemacht habe. Auch ist sie pessimistisch, dass die globale Klimakrise überhaupt gestoppt und die Klimaziele erreicht werden können, doch muss es trotzdem zu Gunsten unserer Nachkommen versucht werden. Mit dem Vorstoss der SP-Fraktion soll Liestal etwas probieren und tun müssen, selbst wenn Liestal auf der Weltkarte verschwindend klein und unbedeutend ist. Wenn aber mehrere Länder, Städte und Gemeinden ebenfalls etwas unternehmen, könnte sich doch noch ein kleiner Erfolg einstellen. Sie spricht sich gegen eine Umwandlung der Motion in ein Postulat aus, denn dies ist gar nicht zulässig, da die Motion „Klimapolitik“ (Nr. 2018/121) immer noch hängig ist. Nach nach der Motion im Jahre 2018 sind von ihrer Fraktion noch weitere Vorstösse zum Klima-Thema eingereicht worden und auch die Klimanotstand-Resolution ist hier im Rat ausgerufen worden, doch leider ist diesbezüglich in Liestal nichts passiert. Mit der Motionsforderung werden nun aber Massnahmen verlangt, die dann auch einer konkreten Umsetzung bedürfen. Gemäss Pariser Abkommen sollten wir bis im Jahr 2050 klimaneutral werden, die Zielerreichung bis 2040 gemäss eingereichten Motion sollte auch realistisch und machbar sein. „Netto Null 2040“ wird bereits von verschiedenen Firmen, öffentlichen Organisationen und auch Städten sowie Gemeinden wie beispielsweise Olten, Biel, Aarau als Ziel definiert. Es wäre schön, wenn Liestal als Kantonshauptort mit dem guten Beispiel vorangehen würde und der Rat heute die Motion überweisen würde.

Natalie Oberholzer (GL) meint, dass es auf allen Ebenen schnelle, konkrete sowie messbare Ziele mit hoher Wirkung braucht. Ihre Fraktion wird deshalb die Motionsüberweisung auch unterstützen. Vor 34 Jahren hatte sie an der ETH erstmals von der Problematik der CO2-Emissionen und zunehmenden Problematik erfahren. Die schlechten Werte sind aber weiterhin dramatisch angestiegen. Bereits in den 80er-Jahren hatten Dozenten an den Hochschulen gelehrt, dass der CO2-Anstieg zu Temperaturveränderungen mit weitreichenden Folgen führen wird. Die Folgen wie Überschwemmungen, Trockenheit, Hitzewellen, Gletscherrückgänge, Zunahme von Schädlingen, Artenverluste usw. hatten schon damals beunruhigt und beschäftigen uns länger und mehr. Schon früher hätten die Professoren gerne öffentlich auf die Problematik hingewiesen, doch durften sie dies nicht tun. Die Wissenschaft ist verzweifelt und heute hört und sieht man immer wieder Klimaforscher, welche auf allen Kanälen versuchen, die Politiker sowie Öffentlichkeit aus dem Dauerschlaf zu rütteln. Vor zwei Wochen hatte der Weltklimarat im neuesten Bericht vor extremen Wetterereignissen, Überschwemmungen usw. gewarnt und auf den beschleunigten Klimawandel hingewiesen. Gestern wurde im Radio darüber berichtet, dass wir bereits in der neuen Ära der Klimaextreme angelangt sind. Wieso schaffen wir es seit Jahrzehnten nicht, Menschen zum Handeln zu bewegen? Oder haben wir schon

aufgegeben? Ereignisse wie in diesem Sommer werden sich wiederholen und daran müssen wir uns gewöhnen, doch können wir noch Schlimmeres abwenden, wenn wir sofort handeln. Der Einwohnerrat hat es in der Hand, endlich vorwärts zu machen. Wir können konkrete Ziele formulieren, verbindliche Absenkpfade definieren sowie entsprechende Massnahmen in die Wege zu leiten und umzusetzen. Damit können die eigenen kommunalen Ziele erreicht werden, doch dafür braucht es alle. Wenn wir darauf warten, dass Andere handeln, kommt dies einem Stillstand gleich. Auch andere Gemeinden haben sich schon dem Klimabündnis Schweiz angeschlossen und ziehen gemeinsam am gleichen Strick. Vom Klimabündnis erhält man auch fachliche Unterstützung und tauscht sich aus. Ein Beitritt Liestals zu diesem Bündnis wäre ja auch ein gangbarer Weg, denn das Rad muss ja nicht neu erfunden werden. Sie ruft dazu auf, die Motion zu Gunsten eines entschlossenen Klimaschutzes Liestal zu unterstützen und zu überweisen.

Lorenz Holinger (SVP) führt aus, dass er im Motionstext Schlagwörter wie globale Klimakrise, Pariser Klimaabkommen, Rahmenbedingungen von Kantonen und Bund etc. findet. Seine Fraktion hat das Gefühl, dass der Einwohnerrat Liestal in dieser Sache schlichtwegs das falsche Parlament ist, um über solche grosse Themen schon wieder diskutieren zu müssen, hatte die Schweizer-Stimmbevölkerung doch erst im Juni das CO₂-Gesetz abgelehnt. Und gestern konnte man in der Zeitung lesen, dass auf kantonaler Ebene auch noch eine Klimaschutz-Initiative in Beratung ist, welche vom Regierungsrat Baselland zur Ablehnung empfohlen wird. Und nun soll gerade die Stadt Liestal bei dieser Thematik eine Vorreiterrolle übernehmen und über die bestehende Gesetzgebung hinauschiessen? Auch sollte hier im Saal allen klar sein, dass wir uns dies angesichts der angespannten finanziellen Lage schlichtwegs nicht leisten können. Bei einer Umsetzung der Motionsforderungen müssten ganz viele Dinge und Einrichtungen ersetzt, umgebaut und erneuert werden, obwohl diese noch funktionstüchtig sind und die erwartete Lebensdauer noch nicht erreicht haben. Die eigenen Ressourcen können geschont und die strategische Planung Bund und Kanton überlassen werden. Auch hat die SVP-Fraktion das Gefühl, dass wir im Vergleich zu anderen Gemeinden als Energiestadt mit Fernwärmeausbau usw. schon sehr gut unterwegs sind. In diesem Zusammenhang möchte er auch den letzten Artikel zum Thema Heizungsersatz im Liestal aktuell lobenswert erwähnen. Seine Fraktion wird einstimmig die Überweisung des Vorstosses nicht unterstützen, sei es nun eine Motion oder ein Postulat.

Daniel Schwörer (FDP) meint, man könne den Klimawandel kaum mehr abstreiten und es wird wohl auch niemand mehr behaupten, dass dies nicht auf das Handeln von uns Menschen zurückzuführen ist. Wie kann dieser Klimawandel nun gestoppt oder bekämpft werden? Auch Avenir Suisse hat sich beispielsweise darüber den Kopf zerbrochen und in einem Papier vier mögliche wirksame Anforderungen sowie Massnahmen definiert. Im Zusammenhang mit der Effektivität sollen beispielsweise die zu ergreifenden Massnahmen zu einer umfassenden Reduktion der Treibhausgas-Emissionen führen. Können wir beispielsweise dieses Ziel erreichen, wenn wir die Motion überweisen würden? Pro eingesetzten Franken solle eine möglichst hohe Reduktion der Treibhausgas-Emissionen erzielt werden. Schaffen wir es mit einem neuen Reglement, dieses Ziel in Liestal erreichen zu können? Und im Zusammenhang mit der Kostenwahrheit soll das Verursacherprinzip durchgesetzt werden. Schaffen wir es mit einem Liestaler-Reglement, das Verursacherprinzip umzusetzen? Und beim vierten und letzten Punkt geht es um die Technologie-Neutralität, indem die Politik das Reduktionsziel vorgeben soll, welches mit den Massnahmen erreicht werden soll. Können wir dieses Ziel mit einem kommunalen Reglement erreichen? Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass diese Fragen bezüglich einer möglichen Umsetzung mit einem neuen kommunalen Reglement klar verneint werden müssen. Man ist der Auffassung, dass die Klimapolitik in einem grösseren Rahmen von Bund und/oder Kanton und nicht auf Gemeindeebene umgesetzt werden muss. Auch seine Fraktion wird die Überweisung der Motion nicht unterstützen.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) äussert, dass seine Fraktion grundsätzlich das Anliegen der Motionäre unterstützt, denn die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel sind riesig und werden nicht geringer. Die Folgen für die Behebung der Schäden wird sich auch in finanzieller Hinsicht niederschlagen. In der Motion sind aber einige Punkte umschrieben, bei welchen man nicht weiss, wie man damit umgehen soll. So sollen die zu treffenden Massnahmen sozialverträglich sein, doch wird im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Auftrag nicht gesagt, wer die Umsetzung bezahlen soll. Zielführende Massnahmen müssten wohl auch von Bund und Kanton definiert werden. Auch frage er sich persönlich, ob denn der Klimafranken in Liestal gut investiert ist oder oder müsste dieser nicht eher in anderen Ländern einsetzen werden, wo für den gleichen Betrag viel bessere Resultate erzielt werden könnten. Seine Fraktion spricht sich mehrheitlich gegen die Überweisung der Motion aus.

Michael Durrer (GL) äussert sich zu den Jahreszielen im Zusammenhang mit dem Pariser Abkommen, denn dies wird auch bei der kantonalen Klimaschutz-Initiative wieder ein Thema sein. Im erwähnten Abkommen wird einzig und allein ein Gradziel definiert und nichts darüber gesagt, bis wann dies erreicht werden soll.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) betont, dass auch diejenigen Fraktionen, welche sich gegen die Überweisung des Vorstosses aussprechen, sich sehr wohl der Problematik des Klimawandels und eines akuten Handlungsbedarfs bewusst sind. Die Motionäre verlangen ja mit ihrem Vorstoss, dass in Liestal bis 2040 pro Einwohnerin und Einwohner netto Null erreicht wird und dies ist unter Berücksichtigung der rechtlichen Möglichkeiten wohl kaum realistisch. Dies auch angesichts der Tatsache, dass erst kürzlich von einem nicht unbedeutenden Anteil der Stimmbewölkerung Liestals das CO₂-Gesetz an der Urne abgelehnt wurde. Und wie stellt man sich die Massnahmen für eine Reduktion der Verkehr-Emissionen vor? Soll der Stadtrat das Autofahren verbieten? Kann denn die Stadt beispielsweise rechtlich verbindlich Einfluss auf den Ersatz von Heizanlagen nehmen? Kann der Verkauf von Südfrüchten verboten werden? Ein neues Reglement bringt gar nichts, wenn hierfür die Kompetenzen fehlen.

Albert Siegwart (GL) erklärt, dass er einmal in einer Firma gearbeitet hatte, welche auch Ökobilanzen machte. Wie bereits erwähnt, ist die Klimaschutz-Problematik schon seit 30 Jahren bekannt, doch passiert ist leider nichts oder nicht viel. Auch bringen Zielsetzungen nichts, wenn man vorweg weiss, dass sie nicht funktionieren und erreicht werden können. Wenn ich beispielsweise nicht mehr ins Flugzeug sitze, das Auto verkaufe, sehr wenig Fleisch esse, in einem energieeffizienten Haus wohne usw., dann dürfte ich wohl erst das halbe Ziel erreicht haben. Die Schwierigkeiten dürften dann erst bei den zu treffenden Massnahmen für die restlichen 50 Prozent zur Reduktion gravierend sein und richtig weh tun. Und so müsste er beispielsweise in der Folge aus dem Haus ausziehen, sobald die Kinder ausziehen. Die Zielerreichung von 50 Prozent sollte bzw. müsste realistisch sein. Zuallererst sollten wir überhaupt einmal anfangen, wie dies beispielsweise bei den Gebäuden mit kantonalen Erlassen auf Verordnungsstufe bereits getan wurde. Vielleicht sollten Gruppierungen mit kreativen Leuten mögliche Ideen und Vorschläge prüfen und diese dann schrittweise zur Umsetzung vorschlagen. Real müssten 5 – 10 Prozent pro Jahr reduziert werden, damit wir vorankommen. Und dieses Ziel erreichen wir nicht, indem wir ein paar Bäume pflanzen und einzelne Liegenschaften an einem Wärmeverbund anschliessen. Wir müssten zuallererst einige unserer Lebensgewohnheiten wohl mal umkrempeln und auch bewusster leben. Er selbst möchte real etwas umsetzen und etwas zur Problemlösung beitragen, was er wohl eher mit guten Ideen und Lösungen einer Arbeitsgruppe als mit irgendwelchen Vorgaben tun möchte.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass sich nun bald 10 Ratsmitglieder zum Geschäft geäussert haben und die Rednerliste wird nun geschlossen.

Thomas Eugster (FDP) meint, dass die Schliessung der Rednerliste mit einem Ordnungsantrag beschlossen werden müsste. Er möchte bei den zwei Vorrednern anknüpfen und eine positive Komponente einbringen. Er ist davon überzeugt, dass man bis im Jahr 2050 Netto

Null schafft, zumindest in der Schweiz. Dieses Ziel erreichen wir aber nicht mit einem Reglement oder mit Verzichten, die auf Widerstand stossen. Die Zielerreichung dürfte aber mit Lenkungsabgaben zur Beschleunigung des Wandels möglich sein. Es findet bereits ein Wandel statt, konsultiert man die verschiedenen Statistiken und Klimaberichte. Die Schweiz reduziert den CO₂-Ausstoss trotz Bevölkerungswachstum, leider etwas langsamer, als wir es uns wünschen. Zur Beschleunigung braucht es eine Lenkungsabgabe und neue Technologien, welche wir aber mit einem neuen Reglement in Liestal nicht beeinflussen können. Wir selbst müssen handeln, sei es beispielsweise bei den Heizungsanlagen, unserem Auto usw. Das «Baselbieter Energiepaket» ist beispielsweise eine gute Sache und es gibt weitere Verbesserungsmöglichkeiten, doch müssen wir vermehrt dafür werben und schlussendlich auch selber handeln. Er ist zuversichtlich, dass wir das Ziel mit Randbedingungen in der Schweiz erreichen. Man muss sich auch bewusst sein, dass der Schweizeranteil am CO₂-Ausstoss gerade mal 0,1 Prozent ausmacht, was aber nicht heissen soll, dass wir nichts machen müssen. Ein Reglement bringt wohl nichts und ein Konzept hinsichtlich unserer gemeindeeigenen Bauten sowie Anlagen wird wohl mehr bringen, da wir damit konkret Einfluss nehmen können. Der Kernpunkt am Schluss des Tages ist jedoch, dass wir alle bei uns selbst handeln und müssen.

Reto Derungs (SP) erinnert daran, dass Liestal im Frühling 2019 als zweite Stadt der Eidgenossenschaft den Klimanotstand ausgerufen hatte. Seither werden diverse Geschäfte, welche vorangetrieben werden, auf die CO₂-Neutralität überprüft. Im letzten Liestal aktuell wurde vom Stadtpräsident aufgezeigt, was man diesbezüglich schon alles gemacht habe und noch machen wird. Dies nach dem Motto «Lieber kleine Beiträge als keine Beiträge». Diese Aussage kann er ebenfalls unterstützen, doch nun haben wir 5 nach 12, weshalb wir nun doch grosse Schritte machen müssten. Deshalb sollte auch die Motion an der heutigen Sitzung überwiesen werden.

Natalie Oberholzer (GL) nimmt Bezug auf die vorgängigen Voten und informiert bezüglich den angeblich fehlenden Kompetenzen darüber, dass solche zur Genüge vorhanden sind und beschafft werden können. Beim Klimabündnis Schweiz sind zwischenzeitlich schon 20 Gemeinden dabei und die Stadt Winterthur hat beispielsweise 54 Massnahmen im Zusammenhang mit dem Klimaschutz formuliert.

Bernhard Bonjour (SP) ist der Meinung, dass die Argumentarien bezüglich den teuren Folgekosten im vorliegenden Fall nun wirklich nicht verhalten, denn schlussendlich würde es viel teurer, wenn wir heute nichts machen würden. Vom Stadtrat ist im letzten Liestal aktuell die Aussage gemacht worden, dass er eine Strategie entwickeln werde und dies ist doch ein Widerspruch zu Aussagen und Argumenten der bürgerlichen Fraktionen, welche die Strategien von Bund und Kanton abwarten möchten. Das eigene und individuelle Handeln ist ja schön und recht, doch nicht alle haben diesbezüglich genügend Selbstdisziplin. Wenn aber die Stadt Liestal hohe Ziele definieren würde, wie dies die Motion verlangt, wäre er selbst wohl auch eher motiviert, wenn man diese gemeinsam erreichen könnte.

Stadtpräsident Daniel Spinnler findet die Debatte sehr spannend. Zu den vorgängigen Voten möchte er doch noch einige Punkte festhalten. Jeder möchte etwas haben, keiner möchte verzichten und alle wollen wir schlussendlich Netto Null. Wir möchten Ferien im fernen Ausland machen und lieber das Flugzeug als den Zug nehmen, da dieses schneller und oftmals auch günstiger ist. Solche Argumente dürften auch die wesentlichen Gründe für das Abstimmungsergebnis vom vergangenen Juni sein. Unbestritten ist wohl, dass wir betreffend dem Klimaschutz etwas unternehmen müssen und Massnahmen definieren bzw. umsetzen müssen. Gemäss neuem ER-Geschäftsreglement hätte der Vorstoss auch als Postulat eingereicht werden können, da das Postulat aus dem Jahre 1998 seit mehr als einem halben Jahr unbeantwortet ist. Und selbst wenn der Stadtrat die Gemeindeordnung revidiert und ein neues Reglement schafft, würde damit keine Tonne CO₂ reduziert. Deshalb wäre der Stadtrat auch bereit, den Vorstoss als Postulat und nicht als Motion zu übernehmen. Im Zusammenhang mit seinem Bericht im letzten Liestal aktuell, muss global gesehen, schon auch festgehalten werden, dass der Beitrag Liestals kein Tropfen auf dem heissen Stein ausmacht. Es ist auch nicht von

Relevanz, wie viel CO₂ ein Land ausstösst, sondern wie hoch der Ausstoss pro Einwohner ist. Diesbezüglich kann Liestal sicher einen sehr hohen Fussabdruck ausweisen, doch sind wir auch weiterhin gefordert. Soll sich nun tatsächlich Liestal das Ziel von „Netto Null 2040“ setzen und was wird beispielsweise in den Nachbargemeinden unternommen? Liestal hat eine Vorbildfunktion und saniert ihre Gebäude, schliesst an der Fernwärme an usw. Innovative Lösungen sind gefragt und so kann beispielsweise auch eine Gesetzesänderung im Zusammenhang von Photovoltaikanlagen in Kernzonen usw. in Betracht gezogen werden. Wenn man aber wie beispielsweise die Stadt Zürich das Ziel definiert, dass man pro Woche nur noch 3 x Fleisch essen darf, wird es doch extrem schwierig sowie hypothetisch. Solche Ziele können wohl definiert werden, doch deren Umsetzung sind dann schlussendlich fraglich. Er ist der Meinung, dass es für die grossen Themen schweizweit eine CO₂-Abgabe braucht und diese muss massiv sein, sonst funktioniert es nicht. Die Stadt Liestal kann dennoch Massnahmen treffen. Ob dann beispielsweise Windräder auf dem Schleifenberg ein möglicher Lösungsansatz sein könnten ist nach den kürzlichen heftigen Debatten in Muttenz doch auch schon wieder fraglich. Liestal hat als Energiestadt schon einiges getan, hat eine Energiekommission und auch das Energieleitbild ist vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen worden. Vermutlich werden all die Massnahmen zu wenig kommuniziert, was beim Energiestadt-Label auch bemängelt wurde. Wenn nun die Motion überwiesen würde, müsste der Stadtrat ein Gesetz schreiben, was Ressourcen beansprucht, welche man jedoch lieber in Massnahmen investieren möchte.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) stellt fest, dass die Rednerliste geschlossen ist und zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Überweisung der Motion stimmen 16 Ratsmitglieder, 16 Ratsmitglieder sprechen sich gegen eine Überweisung aus und 4 Ratsmitglieder enthalten sich der Stimme.

Mit Stichentscheid des Ratspräsidenten wird die Motion Nr. 2021-52 nicht an den Stadtrat überwiesen.

Albert Siegwart (GL) stellt die Verständnisfrage, ob man den Vorstoss nun nicht doch noch als Petition oder als Postulat behandeln könnte.

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) und Vizepräsidentin Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) halten fest, dass von den Verfassern der Motion eine Umwandlung in ein Postulat abgelehnt wurde. Nachdem der Vorstoss nicht überwiesen wurde, besteht aber nun die Möglichkeit, zu demselben Thema einen neuen Vorstoss einreichen zu können.

111 0.01.011.01 Einwohnerrat

11. Fragestunde

1. Frage / Anja Weyenth (SP) – Rolle Stadtrat bei unbewilligten Demonstration

Welche Rolle spielte der Stadtrat bei der unbewilligten Demonstration im Zusammenhang mit der Hausbesetzung?

Stadträtin Regula Nebiker: Die Rolle der Stadt im vorliegenden Fall ist relativ beschränkt gewesen. Es wurde kein Demonstrationsgesuch gestellt, denn ein solches wäre vom Stadtrat trotz schlechten Erfahrungen im Frühjahr 2021 wohl unterstützt worden. Liegt ein solches Gesuch vor, kann sich die Stadt Liestal einbringen und beispielsweise bei der Routenwahl Einfluss nehmen. Da kein solches Gesuch eingereicht wurde, war die Stadt Liestal insofern beteiligt, dass der Bereichsleiter Sicherheit/Soziales im Gesamteinsatzleitungsstab der Kantonspolizei vertreten war. Sie und der Stadtpräsident wurden laufend informiert und wären zur Stelle gewesen, wäre dies nötig gewesen. Für die Lageeinschätzung sowie den Einsatz hatte lediglich die Kantonspolizei das Sagen.

2. Frage / Vreni Baumgartner (GL) – WC-Anlagen bei Anlässen im Stedtli

Im letzten Jahr behandelten wir hier im Rat die öffentlichen Toiletten in Liestal. Dabei wurde auch gesagt, dass bei Anlässen die Veranstalter dafür verantwortlich sind, dass Toiletten vorhanden sind. Am Wochenende vom 6.-8. August fand im Stedtli ein Openairkino statt. Neben Bar, Bühne und Bildschirm waren jedoch weder WC-Anlagen aufgestellt, noch WC-Anlagen für die Benutzung ausgeschildert worden. So kam es, dass bei Dunkelheit die Weisse Gasse sich einmal mehr als Toilette anbot und auch rege als solche genutzt wurde. Wie sieht die Regelung betreffend WC-Anlagen bei Anlässen im Stedtli aus und wen kann man anrufen, damit die Verantwortlichen am nächsten Morgen die Weisse Gasse putzen kommen?

Stadträtin Regula Nebiker: Das Problem ist bekannt und es ist schon so, dass im Konzept der Veranstalter auch das Toiletten-Problem zu thematisieren ist. Gemäss Absprache der Veranstalter mit den Gastwirten hätten die Restaurant-Toiletten benützt werden können. Leider haben sich vorwiegend männliche Besucher nicht daran gehalten und die Weisse Gasse zum «Wildpinkeln» missbraucht. Der Stadtrat prüft, ob man bei bestimmten Anlässen im Stedtli gegebenenfalls diesen Durchgang sperren könnte. Gemäss neuem Polizeireglement könnten auch Bussen wegen dem «Wildpinkeln» ausgesprochen werden.

3. Frage / Vreni Baumgartner (GL) – Anwohner*innen-Info bei Veranstaltungen im Stedtli

Bei Veranstaltungen im Stedtli kommt es immer wieder zu Zufahrts-/Zukommensbehinderungen zu gewissen Liegenschaften, sowie grossen Lärmemission nach 10 Uhr oder auch Sonntags. Ich selbst würde mich nicht als uninformierte Person bezeichnen und doch kommt es immer wieder vor, dass ich erst mit den Aufbauarbeiten von einem Anlass direkt vor meiner Wohnung erfahre. Wie und wann werden die Anwohner*innen über Anlässe im Stedtli und deren Einschränkungen informiert?

Stadträtin Regula Nebiker: Die betroffene Anwohnerschaft und Geschäfte im Veranstaltungssperimeter wird jeweils mit einem Infoschreiben über die bevorstehenden Anlässe informiert. Neu wird bei Grosslässen auch ausserhalb des Veranstaltungssperimeters in einem grösseren Radius informiert. Auf der Homepage wird auch immer wieder über Veranstaltungen im Stedtli mit Verkehrsbehinderungen usw. informiert.

Vreni Baumgartner (GL) stellt eine Zusatzfrage: Wer wird denn nun informiert? Sind dies denn nur die Hauseigentümer oder die Einwohnerinnen sowie Einwohner innerhalb des Perimeters?

Stadträtin Regula Nebiker: Sie kann die Zusatzfrage nicht abschliessend beantworten, findet es aber schon sinnvoll, dass nicht nur die Hauseigentümer, sondern auch die Bewohnerinnen und Bewohner informiert würden.

4. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Abfall am Neuweg/Rumpel

Letzte Woche vormittags bot sich einmal mehr ein schreckliches Bild. Unterhalb des Neuweges besteht ein Unterflurcontainer und anscheinend werden dort auch viele Abfallsäcke ausserhalb deponiert. Die Säcke lagen zerstreut aufgerissen auf dem ganzen Areal bis hin zur Büchelstrasse. Dies nicht zum ersten Mal. Meine Frage: War der Container voll? Werden hier Massnahmen ergriffen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: In der Altstadt gibt es fünf Unterflurcontainer und diese funktionieren in der Regel tadellos. Diese werden in der Woche 2 x geleert und es kommt in Ausnahmefällen wie beispielsweise über Feiertage vor, dass diese überfüllt sind und Abfallsäcke bei den Einwurfsäulen deponiert werden. In diesem Fall müsste aber eigentlich der nächste Unterflurcontainer aufgesucht werden, sofern dieser im Umkreis von 200 Metern liegt. Der Unterflurcontainer beim Wasserturmplatz wird oft auch von Zubringern benützt, welche nicht im Stedtlı wohnen und ihre Abfallsäcke dort einwerfen. Die erste Frage kann sie nicht beantworten, da von der Fragestellerin kein Datum angegeben wurde. Hinsichtlich den Massnahmen kann informiert werden, dass alle Abfallsäcke kontrolliert werden, welche ausserhalb des Unterflurcontainers deponiert werden. Können die Absender der betreffenden Kehrichtsäcke ermittelt werden, so werden diese angemahnt und im Wiederholungsfall auch gebüsst. Die Karte mit den Sammelstellen-Standorten wird nun bei allen Unterflurcontainern noch angebracht.

5. Frage / Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) – Sitzbänke an der Gitterlistrasse

Die Bewohner vom Alters- und Pflegeheim Frenkenbündten flanieren soweit es ihnen möglich ist an der Gitterlistrasse. Sie kommen damit etwas aus dem Heim raus. Nicht weit aber immerhin eine Ausgangsmöglichkeit. Jetzt hat es entlang dieser Gitterlistrasse nur eine Sitzbank, welche auch ziemlich weit oben beim Schulhaus steht und meist bereits besetzt ist. Meine Frage: Wäre es möglich, an dieser Strecke ohne grosse Bürokratie innert nützlicher Frist zwei bis drei Sitzbänke zusätzlich zu platzieren? Die Bewohner würden es Ihnen danken.

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Sie dankt für den Impuls und wird die Montage zusätzlicher Sitzbänke prüfen, kann aber nicht versichern, dass solche innert nützlicher Frist montiert werden. Die Standortfrage zusätzlicher Sitzbänke muss sicher genau geprüft werden.

6. Frage / Thomas Eugster (FDP) – Parkleitsystem

Die Realisierung des lange ersehnten Parkleitsystems verzögert sich seit Jahren und ist nun schliesslich im Budget 2021 für dieses Jahr geplant. Nun ist bald Ende August und von einer Realisierung des Parkleitsystems ist weit und breit nichts zu sehen. Wie und wann schafft es die Stadt Liestal nun endlich das Parkleitsystem zu bauen?

Stadtrat Daniel Muri: Das Projekt wird so weit vorbereitet, dass der Stadtrat voraussichtlich im vierten Quartal entscheiden kann.

Thomas Eugster (FDP) möchte gemäss Zusatzfrage wissen, ab welchem Zeitpunkt denn das Parkleitsystem genutzt werden kann?

Stadtrat Daniel Muri: Im 4. Quartal wird der Stadtratsentscheid gefällt und dann auch wieder informiert. Mit den verschiedenen Quartierplanungen und grossen neuen Überbauungen werden auch im Stedtlı diverse Parkhäuser geplant bzw. realisiert. Die Perspektiven und

Gesamtzusammenhänge bezüglich den Parkplatz-Angeboten müssen flächendeckend und nicht nur strassenweise betrachtet werden. Die ganzheitliche Betrachtung bedarf noch weiteren Abklärungen und weiterem Zeitbedarf. Auch soll man bereits bei der Einfahrt ins Stedtli auf einen Blick rasch erkennen können, wo im Stedtli welche Anzahl an freien Parkplätzen zur Verfügung steht. Dabei müsste auch das Angebot an freien oberirdischen Parkplätzen im Fischmarkt usw. erfasst werden.

Thomas Eugster (FDP) stellt eine zweite Zusatzfrage: Und wie lange dauert denn der Vollzug nach dem Stadtratsentscheid?

Stadtrat Daniel Muri: Er kann diese Frage leider nicht beantworten, da ihm beispielsweise die Liefer- und Montagezeiten für die neuen Paneelen mit digitalen Angaben auch nicht bekannt sind.

7. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Invasive Nephyten

Im Liestal Aktuell wurde auf dieses Problem hingewiesen. Nur wissen viele GartenbesitzerInnen nicht, welche Pflanzen dazu gehören. Es scheint auch, dass bei Kanton und Stadt in den öffentlichen Anlagen viele solcher Pflanzen wuchern. Frage: Wie kann die entsprechende Information weiter verbesserte werden (z.B. erneut mit einem bebilderten Prospekt)?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Es wird jährlich ein Neophytensammeltag durchgeführt, so letztmals am vergangene Samstag. Der erwähnte Prospekt wird im Zweijahresrhythmus verschickt, was wieder im 2022 der Fall sein wird. Auch wurde schon bei einer Standaktion im Stedtli über die Problematik und möglichen Massnahmen informiert. Werden invasive Neophyten auf stadteigenen Flächen festgestellt, werden diese sofort entfernt und fachgerecht entsorgt. Problematisch sind solche Pflanzen natürlich schon auf privatem Areal sowie im Wald und entlang von Bachufern etc.

8. Frage / Hanspeter Meyer (SVP) – Gebiet rund um den Bahnhof

Oft hört man Klagen, besonders auch von auswärtigen Besuchern – und macht entsprechend selber Feststellungen - dass das Gebiet rund um den Bahnhof – besonders nachts - lieber nicht besucht wird. Es ist ein Freiraum für diverse unerwünschte Aktivitäten geworden. Auch sind die WC am Bahnhof meist geschlossen. Frage: Ist der Stadtrat bereit, vermehrte Kontrollen zu veranlassen und auch bei den SBB bezüglich WC zu intervenieren?

Stadträtin Regula Nebiker: Bahnhöfe sind traditionell Treffpunkte unterschiedlicher Leute sowie Gruppierungen, insbesondere in Zentrumsorten wie beispielsweise Liestal. Die Kantonspolizei macht speziell abends und in den Nachtstunden sowie an den Wochenenden regelmässige Kontrollgänge beim Bahnhof- und auch Postareal. Auffällige Gruppierungen werden aufgelöst und weggewiesen. Zusätzlich setzt der Stadtrat zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung unregelmässig den THB-Sicherheitsdienst für die Kontrollen des Bahnhofs und der Hot-Spots ein. Die Frage betreffend des WC werden wir mit der SBB klären.

9. Frage / Denise Meyer (SVP) – Neuer Parkplatz beim alten Spital

Sehr viele Schüler der Gewerbeschule nutzen diesen Parkplatz um ihr Auto abzustellen. Mir ist schon häufig aufgefallen, dass dieser Parkplatz leider auch als Ort für Rennen genützt wird. Es wird ausprobiert, welches Auto schnell, lauter und als erstes vom Parkplatz wegkommt. Dort befindet sich aber auch der offizielle Schulweg für die Kinder in das Mühlematt Schulhaus. Frage: Ist der Stadtrat bereit, zusammen mit dem Kanton nach Lösungen zu suchen, damit der Schulweg für die Kinder sicherer wird? Ev. sind entsprechende Signalisationen nötig.

Stadtrat Daniel Muri dankt für die Beobachtung und informiert, dass man diesbezüglich mit der SBB und dem Hochbauamt des Kantons noch Kontakt aufnehmen wird.

10. Frage / Beat Gränicher (SVP) – Altersheim Frenkenbündten, Bänkli

Die Bewohner des Altersheimes Frenkenbündten und auch die Angehörigen und Besucher machen gerne einen Spaziergang rund ums Areal Frenkenbündten Schulhaus. Dort hat es auf der ganzen Runde nur 2 Bänkli. Könnte man nicht noch ein paar Bänkli aufstellen?

Stadträtin Marie-Theres Beeler: Die gleiche Frage hat sie bereits bei der 5. Frage der heutigen Fragestunde beantwortet, weshalb sie diese nicht mehr wiederhole.

Beat Gränicher (SVP) stellt eine Zusatzfrage und möchte wissen, wieso man dieses Problem nicht schon vor Jahren gelöst hatte, als es bereits schon einmal thematisiert habe? Es sollte doch wirklich möglich sein, dass die Stadt noch weitere 3 – 4 Bänklein montiert oder beispielsweise die Kantonalbank um ein Sponsoring anfragt.

Stadträtin Marie-Therese Beeler: Die Stadt Liestal kann sicher die Anschaffung von ein paar Bänklein verkraften. Zuallererst muss aber die Standortfrage der zusätzlichen Sitzbänke geklärt werden. Eine unverzügliche Anschaffung kann in Aussicht gestellt werden.

11. Frage / Daniela Reichenstein (FDP) – Einstellhalleneinfahrt Denner Gestadeckplatz

Bei der Einfahrt in die Einstellhalle beim Denner auf dem Gestadeckplatz habe ich schon oft beinahe Unfälle beobachtet. So wird die Einfahrt einerseits von Kunden/innen genutzt die aus Richtung Erzenbergstrasse / Arisdörferstrasse kommen als auch von Abbiegenden aus der Rosenstrasse in Richtung Erzenbergstrasse / Arisdörferstrasse. Zusätzlich muss für das Einfahren in die Einstellhalle der Fussweg bzw. Trottoir gequert werden. Die Einfahrt, geschätzt maximal 15 bis 20 Meter von einer stark befahrenen Kreuzung entfernt, scheint etwas unglücklich positioniert zu sein.

Hat die Stadt Kenntnis über das allfällige Gefahrenpotential? Wurden ihr bereits beinahe Unfälle gemeldet? Falls ja, wurde die Sicherheit geprüft bzw. mit welchem Resultat?

Stadtrat Daniel Muri: Die Einfahrt in das Parkhaus wurde im Rahmen der Quartierplanung diskutiert und von verschiedenen Stellen geprüft. Er ist auch täglich mit dem Auto unterwegs und stellt täglich mehrmals «Fast-Unfälle» fest. Eine vermehrte gegenseitige Rücksichtnahme wäre generell wünschenswert. Auch muss man sich bewusst sein, dass wir von der Geburt bis zum Tod immer wieder Gefahren ausgesetzt sind.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Markus Rudin (SVP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 45 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.

Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Ratspräsident

Markus Rudin

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann